

N i e d e r s c h r i f t

HFA/039/2013

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 26.11.2013**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Falk Toczowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Antonio Berardis	SPD	Vertretung für Herrn Jürgen Roscher
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Herrn Stefan Gude
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Vertretung für Herrn

Frau Ulrike Stockel

SPD

Detlef Brunsch

Vertretung für Herrn
Günter Löcken

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann

Erster Beigeordneter

Herr Axel Linke

Beigeordneter

Herr Mathias Krümpel

Stadtkämmerer

Herr Heinz Hermeling

Fachbereichsleiter FB 7

Herr Theo Elfert

Stellv. Fachbereichslei-
ter FB 7

Frau Wiebke Gehrke

Pressesprecherin

Herr Michael Kramer

Fachbereichsleiter FB 3

Herr Jürgen Wullkotte

Fachbereichsleiter FB 4

Herr Constantin Löderbusch

Stellv. Schriftführer

Herr Kai Kröger

EWG – bis TOP 26

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Detlef Brunsch

FDP

Ratsmitglied

Herr Stefan Gude

CDU

Ratsmitglied

Herr Günter Löcken

SPD

Ratsmitglied

Herr Michael Reiske

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied

Herr Jürgen Roscher

SPD

Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt-und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 38 über die öffentliche Sitzung am 5. November 2013

0:01:17

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 5. November 2013 gefassten Beschlüsse

0:01:30

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben worden seien.

3. Informationen

0:01:55

Es liegen keine Informationen vor.

**4. 2. Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011
Vorlage: 502 / 13**

0:02:10

Herr Jansen weist darauf hin, dass es in § 4 der Verordnung anstatt „1. Änderung“ „2. Änderung“ heißen müsse.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die 2. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011.

2. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom -----

Aufgrund des § 6 (4) des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW) vom 16. November 2006 (GV NRW S. 516), geändert durch Gesetz vom 30. April 2013 (GV. NRW.S.208), in Verbindung mit §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Oktober 2013 (GV. NRW. S. 564) wird von der Stadt Rheine als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates vom 10. Dezember 2013 folgende 2. Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine beschlossen:

§ 1 Ladenöffnungszeiten an Sonntagen

Verkaufsstellen dürfen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus geöffnet sein:

Die Aufzählung wird um folgende neuen Regelungen ergänzt:

- am Sonntag nach Weihnachten in den Jahren 2014 und 2015 aus Anlass des Festes „Wichtelsonntag“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am 3. Adventssonntag aus Anlass des „Adventsshopping“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Auf dem Thie, Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Aus der Aufzählung werden folgende bisherige Regelungen gestrichen:

- am 29. Dezember 2013 aus Anlass des „Sylvestershopping“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am 3. Sonntag im Dezember („Adventsshopping“) für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Auf dem Thie, Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

§ 4 Inkrafttreten

Diese 2. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

**5. Antrag zur Änderung der Hundesteuersatzung von Bündnis
 90 / Die Grünen
 Vorlage: 462 / 13**

0:03:25

Herr Bonk bittet die Verwaltung im Jahr 2015 eine Hundebestandsaufnahme durchzuführen.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass die Verwaltung die dafür erforderlichen Kosten ermitteln werde und dann rechtzeitig darauf zurückkommen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt daraufhin dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

1. Der als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Antrag sowie die Ausführungen der Verwaltung hierzu werden zur Kenntnis genommen.
2. Auf eine Änderung der Hundesteuersatzung für 2014 wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Un-
 terhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt
 Rheine
 - Unterhaltungssatzung Fließgewässer -
 Vorlage: 507 / 13**

0:06:22

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

Die nachstehende 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer – wird beschlossen.

5. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer - vom _____. Dezember 2013

Die Bezeichnung der männlichen Form (z.B. der Eigentümer) gilt gleichermaßen für die weibliche Form.

Aufgrund der

- §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Oktober 2013 (GV NRW S. 564),
- §§ 91 und 92 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV NRW S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. März 2013 (GV NRW S. 133),
- §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV NRW S. 687)

hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 10. Dezember 2013 die 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine – Unterhaltungssatzung Fließgewässer – vom 18. Dezember 2008 beschlossen.

In § 2 „Unterhaltungsaufwand“ erfolgt in der Auflistung der Umlagebeträge der Unterhaltungsverbände nachstehende Änderung:

Altenrheine	20,50 €/ha,
Bevergerner Aa	14,00 €/ha,
Elte	12,00 €/ha,
Frischhofsbach	18,00 €/ha,
Hemelter Bach	20,00 €/ha,
Hörsteler Aa	12,00 €/ha,
Hummertsbach	8,00 €/ha,
Landersum/Bentlage	20,00 €/ha,
Saerbeck	13,00 €/ha,
Wambach	25,00 €/ha.

In § 7 „Inkrafttreten“ wird folgender Satz angefügt:

Die 5. Änderungssatzung tritt zum 01. Januar 2014 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Beibehaltung der Außenstelle Mesum
Vorlage: 451 / 13

0:07:02

Herr Bonk bittet die Verwaltung, jährlich die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Außenstelle durch die Bürgerinnen und Bürger von Mesum zu prüfen. Sollte sich die Inanspruchnahme extrem verringern, solle eine Schließung in Erwägung gezogen werden, um den Haushalt zu konsolidieren.

Beschluss:

Der Haupt- u. Finanzausschuss beschließt, die Außenstelle der Stadtverwaltung im Stadtteil Mesum beizubehalten. Sofern sich die Bedingungen aus dem Mietvertrag nachteilig verändern würden oder die Kreispolizeibehörde eine Veränderung der vertraglichen Regelung vornimmt, hat die Verwaltung dem Haupt- u. Finanzausschuss eine erneute Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Berichtswesen 2013; Stichtag 31.10.2013
Sonderprojekt "IHK Dorenkamp"
Vorlage: 477 / 13

0:09:23

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für das Sonderprojekt „IHK Dorenkamp“ mit dem Stand der Daten vom 31.10.2013 zur Kenntnis

9. Berichtswesen 2013, Stichtag 31. Oktober 2013, Fachbereich 3
- Recht und Ordnung -
Vorlage: 497 / 13

0:09:58

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung mit dem Stand der Daten vom 31.10.2013 zur Kenntnis.

**10. Berichtswesen 2013, Stichtag 31.10.2013, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 472 / 13**

0:10:20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement mit dem Stand der Daten vom 31.10.2013 zur Kenntnis.

**11. Berichtswesen 2013, Stichtag 31.10.2013, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 409 / 13**

0:10:43

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 - Interner Service mit dem Stand der Daten vom 31.10.2013 zur Kenntnis.

**12. Berichtswesen 2013, Stichtag 31.10.2013, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 387 / 13**

0:11:03

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten vom 31.10.2013 zur Kenntnis.

**13. Berichtswesen 2013, Stichtag 31. Oktober 2013, Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 394 / 13**

0:11:23

Herr Krümpel informiert, dass nun auch die Werte des Fachbereiches 5 „Planen und Bauen“ vorlägen. Das Ergebnis verbessere sich um 161.000 €, was eine Reduzierung des Jahresfehlbetrages auf 2,656 Millionen Euro zur Folge habe. Im Vergleich zum Haushaltsplan 2013 verbessere sich das Ergebnis auf 2,229 Millionen Euro.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen – mit dem Stand der Daten zum 31.10.2013 zur Kenntnis.

**14. Beratungen Stellenplan 2014, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung -
Vorlage: 498 / 13**

0:12:34

Herr Bonk stellt den Antrag, die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) für alle Beamten aus dem Haushaltsentwurf 2014 zu streichen, da die aktuelle Haushaltslage eine solche Zahlung nicht zulasse. Sollte der Haushalt konsolidiert sein, so könne man über LOB für Beamte wieder nachdenken.

Herr Holtel hält aus Kostengründen die Umsetzung der leistungsorientierten Bezahlung für Beamte ebenfalls für nicht vertretbar, da es sich um eine außertarifliche Zulage handele.

Herr Mollen ist der Auffassung, dass alle Mitarbeiter die gleiche Zulage bekommen sollten. Eine Vertröstung auf die nächsten Jahre hält er für nicht angebracht, da eine Verbesserung der Haushaltslage in den nächsten Jahren nicht absehbar sei.

Herr Ortel ist der Meinung, dass LOB nicht nur eine Extrazulage sei, die von der Haushaltslage abhängig gemacht werden sollte. Sie sei vielmehr ein Instrument, um Anreize für besondere Arbeit bzw. Leistungen zu schaffen.

Frau Dr. Kordfelder macht den Verfahrensvorschlag, diesen Antrag unter TOP 19 abzustimmen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung - in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2014 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Beratung Stellenplan 2014, Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 469 / 13**

0:23:00

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2014 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Beratung Stellenplan 2014, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 491 / 13**

0:23:30

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine; den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereichs 7 – Interner Service in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2014 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Beratung Stellenplan 2014, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 431 / 13**

0:24:00

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine; den als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereichs 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2014 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2014 - 2017
Sonderprojekt "IHK Dorenkamp"
Vorlage: 485 / 13**

0:24:30

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojektes „IHK Dorenkamp“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2014 - 2017 Fachbereich 3 - Recht und Ordnung -
Vorlage: 501 / 13**

0:25:08

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die unter TOP 14 geführte Diskussion und erinnert an den Antrag von Herrn Bonk, die LOB für Beamte, eingeplanten 170.000 €, aus dem Haushalt zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

Herr Bonk stellt anschließend den Antrag, dass der Zuschuss für den Tierschutzverein gedeckelt werden soll.

Laut Herrn Kramer wurde den angebundenen Kommunen eine Deckelung der Kosten für einen Zeitraum von drei Jahren in Gesprächen mit Vertretern des Tierschutzvereines in Aussicht gestellt. Die vertragliche Situation sei aber noch so, dass jegliches Defizit abzudecken sei.

Herr Ortel fragt an, warum die Anzahl der Fundkatzen in Rheine im Vergleich zu anderen Kommunen so hoch sei.

Herr Kramer antwortet, dass dieses nicht abschließend geklärt werden könne. Möglicherweise liege es an dem eher ländlich geprägten Nachbarkommunen im Gegensatz zum zentralen Bereich Rheine. Darüber hinaus sei es sehr schwierig einen Nachweis zu erbringen, ob es sich tatsächlich um Fundtiere handele.

Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass es grundsätzlich einen Vertrag zu erfüllen gebe. Dieser Vertrag habe eine Klausel, nach der jegliches Defizit zu übernehmen sei. Wenn nun aber seitens des Tierschutzvereines ein solches Angebot zur Deckelung der Kosten gemacht worden sei, solle man dieses auch annehmen.

Frau Dr. Kordfelder stellt folgenden Kompromissvorschlag zur Abstimmung.

Die Verwaltung wird beauftragt, die vertragliche Situation mit dem Tier-schutzverein zu erörtern und nachzuverhandeln, mit dem Ziel den Zu-schuss auf der Höhe der Summe für 2013 zu halten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Bonk stellt ferner den Antrag, die alte Drehleiter zu veräußern, sobald die neue Drehleiter beschafft worden sei.

Herr Kramer bittet um Zurückstellung des Antrages, bis die Verwaltung die Notwendigkeit, einer zweiten Drehleiter geprüft habe.

Herr Kuhlmann ist auch der Meinung, dass zunächst eine interne Rückkopplung stattfinden sollte, ob zwei Drehleitern vorgehalten werden müssten. Die Verwaltung würde mit einem abgestimmten Vorschlag auf den Haupt- und Finanzausschuss zurück kommen.

Herr Bonk erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des der Fachbereichs 3 unter Berücksichtigung der v.g. Diskussion in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**20. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2014 - 2017, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 471 / 13**

0:43:30

Herr Bonk merkt an, dass die Stiftung Natur Zoo auf Grund der geringeren Einwohnerzahl, welche durch den Zensus festgestellt wurde, eine Mindereinnahme in Höhe von 25.000 € habe.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**21. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2014 - 2017,
Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 126 / 13**

0:46:15

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 7 – Interner Service und Verwaltungsführung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**22. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2014 - 2017,
Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 079 / 13**

0:46:46

Herr Bonk gibt an, dass dem Verkehrsverein erstmalig und einmalig 50.000 € im Jahre 2009 für Tourismusmarketing zur Verfügung gestellt worden seien. Still-schweigend sei dieser Betrag auch in den Jahren 2010 bis 2012 dem Verkehrs-verein zur Verfügung gestellt worden. Auf Grund der schlechten Haushaltslage sei bereits für das Jahr 2013 geplant gewesen, diesen Betrag zu streichen.

Er kritisiert, dass die Bürgermeisterin nun nach Einbringung des Haushaltsent-wurfs 50.000 € bereit zusätzlich bereitstellen werde.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass dafür im Budget der Wirtschaftsförderungs-gesellschaft ein ausreichender Spielraum für eine Deckung bestehe.

Herr Mollen sieht den Antrag des Verkehrsvereins als Hilferuf und befürchtet eine Reduzierung der Aktivitäten und einen daraus resultierenden Nachteil für die Stadt Rheine. Die SPD-Fraktion halte den Zuschuss in Höhe von 50.000 € für ei-ne sinnvolle Investition.

Herr Ortel fordert eine Begründung von der Bürgermeisterin und von dem Käm-merer für den nachträglichen Eingriff in den Haushalt der Wirtschaftsförderungs-gesellschaft. Daneben möchte er eine Antwort auf die Frage, wie es sich in der Historie mit den 50.000 € verhalte und wie eine einvernehmlich Lösung herzu-stellen sei.

Frau Dr. Kordfelder ist der Meinung, dass es eine einvernehmliche Lösung der Situation nicht geben werde, da es sich um unterschiedliche politische Positionie-rungen handele. Sie hätte diesen Vorschlag gemacht, selber aber nicht damit gerechnet, dass diesem so gefolgt werden würde.

Herr Holtel merkt an, dass sowohl der Verkehrsverein als auch die EWG gute Ar-beit leisten würden. Eine Minderung des Zuschusses für die EWG lehne er ab.

Herr Niehues ist der Meinung, dass der Vorschlag im Vorfeld der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes in der Verwaltung und mit der Geschäftsführung der EWG hätte kommuniziert werden müssen. Er stellt noch mal heraus, dass die Stadt Rheine die 50.000 € in den Jahren zuvor dem Verkehrsverein nur für Marketingzwecke bereitgestellt habe. Daneben seien im Haushaltsplan der EWG, als Verbundstelle für Marketing, die Mittel für das Stadtmarketing aufgestockt worden. Diese Mittel seien nicht für die EWG direkt, sondern für das strategische Stadtmarketing vorgesehen.

Herr Mollen meint, dass eine interne Verschiebung von Teilen des Zuschusses für das Stadtmarketing in Höhe von 50.000 € zu Gunsten des Verkehrsvereins zur Erledigung der im Antrag genannten Aufgaben durchaus möglich sein sollte.

Herr Ortel sagt, dass dieser Beschlussvorschlag zu einer Verschiebung der Mittel führe und damit einen früheren Beschluss konterkariert.

Frau Dr. Kordfelder fasst zusammen, dass es in dieser Diskussion nicht darum gehe, wer optimal bzw. besser arbeite. Die Wertschätzung für alle drei Partner sei auch in den Äußerungen deutlich geworden.

Es wird über den Antrag der von Herrn Bonk abgestimmt, die 50.000 € zusätzlich im Budget 0201 nicht zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereichs 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

23. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

01:17:40

Frau Dr. Kordfelder verweist auf folgende Anträge bzw. Eingaben:

1. Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock vom 12.11.2013 zum Bau eines Kreisverkehrs

Der Stadtteilbeirat Schotthock bittet den Bau des Kreisverkehrs Lingener Damm wieder in das Bauprogramm der Stadt Rheine aufzunehmen.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages zuständigkeitshalber an den Bauausschuss.

2. Anträge der Schulkonferenz der Euregio-Gesamtschule vom 11.11.2013 an den Rat der Stadt

Die Schulkonferenz der Euregio-Gesamtschule möchte an die Anträge aus den Vorjahren erinnern.

Darüber hinaus stellt sie folgende weitere Anträge auf Grund des baulichen Zustandes der Euregio-Gesamtschule:

1. Antrag auf Neuerrichtung der Lehrküche
2. Einrichtung eines Raumes für das Fach Textilgestaltung
3. Renovierung aller Klassenräume
4. Erneuerung des Sporthallenbodens in Halle 1
5. Schaffung von zeitgemäßen Lehrerarbeitsplätzen
6. Austausch der Fenster mit Aluminiumrahmen

Verfahrensvorschlag:

Verweisung der Eingabe zuständigkeitshalber an den Schulausschuss.

3. Antrag der Projektgruppe „Rheine ohne Rassismus – Rheine mit Courage“ der Stadt-Schülervertretung Rheine vom 20.11.2013 an den Rat der Stadt Rheine

Es wird der Antrag gestellt, dass der Rat der Stadt Rheine beschließt, Mitglied im Deutschen Riga-Komitee zu werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Seitens der Verwaltung wird dieses Ansinnen der Projektgruppe zwar durchaus positiv bewertet, um jedoch auch inhaltlich sich umfassend mit der Thematik beschäftigen zu können, schlägt die Verwaltung vor, zunächst in den Fachausschüssen, Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss, bzw. im Integrationsrat, die notwendigen politischen Diskussionen zu führen, um dann zu einem späteren Zeitpunkt einen Ratsbeschluss herbeizuführen.

Die Antragsteller beschreiben in ihrem Anschreiben zwar die Absicht, schon in der nächsten Ratssitzung sich mit dieser Thematik zu beschäftigen, weil am 27.01.2014 der der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz begangen wird. Die Verwaltung schlägt dennoch vor, im obigen Sinne zu verfahren, da gerade die bewusste Entscheidung für einen Beitritt auch einer konstruktiven politischen Diskussion und inhaltlichen Auseinandersetzung bedarf.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung der Eingabe zuständigkeitshalber an die o.g. zuständigen Fachausschüsse.

Die Ausschussmitglieder widersprechen diesen Verfahrensvorschlägen nicht.

24. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

01:22:05

Es folgen keine Wortmeldungen.

25. Anfragen und Anregungen

25.1. Umbau Sekundarschule "Stadt": Beteiligung externer Architekturbüros

1:22:20

Herr Bonk stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag.



Rheine, 26.11.2013

An der Rat der Stadt Rheine
Verwaltungsvorstand
Rathaus
48431 Rheine

Antrag
Umbau Sekundarschule „Stadt“: Beteiligung externer Architekturbüros

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Beigeordnete Kuhlmann, Krümpel und Linke,

die Fraktionen der CDU und FDP im Rat der Stadt Rheine beantragen, für die geplante Umbaumaßnahme der Sekundarschule „Stadt“ ein Verfahren zu entwickeln, in dem diese Maßnahme unter Berücksichtigung der entsprechenden inhaltlichen und räumlichen Vorgaben unter Beteiligung interessierter Architekturbüros (zum Beispiel in Form einer Mehrfachbeauftragung) geplant, vorgestellt und realisiert werden kann.

Weiter beantragen wir, dass von Beginn für diese Planungs- und Baumaßnahme ein begleitender Arbeitskreis bestehend aus den Kompetenzen Schule, Bau und Finanzen/Planung an eingerichtet wird.

Begründung

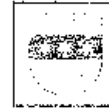
Mit der Einrichtung der Sekundarschule „Stadt“ wurde auch ein entsprechendes Raumprogramm mit den Bedarfen und Anforderungen der Sekundarschule erarbeitet und beschlossen. Gleichzeitig sollten entsprechende Planungen und Kosten ermittelt werden.

Die Umbaumaßnahme ist sehr komplex. Zum einen ist die Einbindung bestehender Bausubstanz erforderlich und zum anderen handelt es sich um eine vielfältige inhaltliche Aufgabenstellung. Darüber hinaus ist diese Maßnahme im Rahmen einer Integration in eines bestehendes Schulsystem durchzuführen. Um für diese Bauaufgabe die optimale Lösung zu erzielen, ist es angeraten, verschiedene Entwürfe nach Kriterien wie Funktionalität und Wirtschaftlichkeit sowie Gestaltung und städtebauliche Einbindung zu vergleichen.

FDP-Fraktion		CDU-Fraktion	
Alfred Hottel	☎ 05971 12328	Udo Bonk	☎ 05971 997154
Violinenweg 76	☎ 05971 55364	Fichtenstraße 6	
48432 Rheine	✉ alfred.hottel@pmx.de	48429 Rheine	✉ Udo.Bonk@osnareit.de



Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Alternative Entwürfe, die bei der Entscheidungsfindung helfen und die kreative Konkurrenz mehrerer Planungsteams herausfordern, könnten im Rahmen eines solchen Verfahrens gewonnen werden. Beide Vorgehensweisen bieten einen anschaulichen Leistungsvergleich auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen und bieten, trotz des zunächst höheren Aufwandes, die Gewähr für die optimale Lösung, inhaltlich wie finanziell.

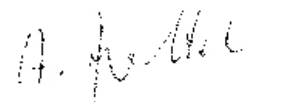
Wir weisen hier ausdrücklich darauf hin, dass dieser Antrag in keiner Weise von Misstrauen gegenüber der Verwaltung geprägt ist, sondern sich einzig und allein auf der Tatsache der differenzierten Aufgabenstellung begründet.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass neben laufender und neu hinzukommender Projekte, seitens der Bauverwaltung zusätzlich noch das Groß-Projekt „Feuerwache rechts der Ems“ geplant und umgesetzt werden muss. Vor diesem Hintergrund ist der oben genannte Antrag auch als Entlastung für die Bauverwaltung zu verstehen, da wir hier durchaus erkennen, dass die anstehenden Projekte den üblichen Rahmen der Arbeitsbelastung deutlich erweitern.

Mit diesem Verfahren wurden unter anderem auch bei den Baumaßnahmen Sporthalle der Euregio-Gesamtschule und Erweiterung Kopernikus-Gymnasium gute Erfahrungen gemacht.

Mit freundlichen Grüßen


Udo Bonk
CDU-Fraktionsvorsitzender


Alfred Hottel
FDP-Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion		CDU-Fraktion	
Alfred Hottel	☎ 05971 12328	Udo Bonk	☎ 05971/997154
Violinenweg 76	☎ 05971 55364	Fichtenstraße 6	
48432 Rheine	✉ alfred.hottel@gmx.de	48429 Rheine	✉ Udo.Bonk@osn-net.de

25.2. Änderung der Dateinamen in Session

01:23:35

Herr Jansen fragt an, ob die Verwaltung die Niederschriften und Vorlagen wegen der besseren Übersicht anders bezeichnen könne. Zurzeit sei die Bezeichnung der Dateien sehr unsystematisch, so dass man sie nur schwer finden könne. Er schlägt beispielhaft vor, die Vorlagen erst nach dem Ausschuss, dann der Jahreszahl und dann nach dem Monat zu bezeichnen, so dass die letzte Sitzung immer oben stehe.

Frau Dr. Kordfelder sagt eine Prüfung zu.

Ende des öffentlichen Teils: 18:35 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Constantin Löderbusch
Stellv. Schriftführer